

Antrag

der Abgeordneten Erika Steinbach, Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Erwin Marschewski, Wolfgang Zeitlmann, Heinz-Jürgen Kronberg, Manfred Kolbe, Dr. Hermann Pohler, Rolf Rau, Gerhard Schulz (Leipzig) und der Fraktion der CDU/CSU, der Abgeordneten Thomas Krüger, Gunter Weißgerber, Uta Titze-Stecher, Wolfgang Thierse und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ina Albowitz, Dr. Max Stadler, Cornelia Schmalz-Jacobsen, Dr. Burkhard Hirsch, Joachim Günther (Plauen), Uwe Lühr, Dr. Rainer Ortleb, Dr. Klaus Röhl, Jürgen Türk und der Fraktion der F.D.P.

Gemeinschaftliche Finanzierung eines Neubaus des Museums der Bildenden Künste in Leipzig

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bittet die Bundesregierung zu prüfen, ob bei der Finanzierung des Neubaus des Museums der Bildenden Künste in Leipzig seitens des Bundes Hilfestellung gegeben werden kann.

Bonn, den 25. Februar 1997

**Erika Steinbach
Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Erwin Marschewski
Wolfgang Zeitlmann
Heinz-Jürgen Kronberg
Manfred Kolbe
Dr. Hermann Pohler
Rolf Rau
Gerhard Schulz (Leipzig)
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Thomas Krüger
Gunter Weißgerber
Uta Titze-Stecher
Wolfgang Thierse
Rudolf Scharping und Fraktion**

Ina Albowitz
Dr. Max Stadler
Cornelia Schmalz-Jacobsen
Dr. Burkhard Hirsch
Joachim Günther (Plauen)
Uwe Lühr
Dr. Rainer Ortleb
Dr. Klaus Röhl
Jürgen Türk
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Begründung

Entsprechend den Empfehlungen der Föderalismuskommission vom 27. Mai 1992 wird das Bundesverwaltungsgericht von Berlin nach Leipzig in das Reichsgerichtsgebäude umziehen. Damit wird die Spaltung Deutschlands auf dem Gebiet der Justiz nochmals sinnfällig überwunden und Leipzig wieder eine Residenz des Rechts. Dieser Umzug trägt zur wesentlichen Strukturverbesserung der Stadt Leipzig und der Umgebung bei, stellt die Stadt aber vor die Aufgabe, ein neues Domizil für das Museum der Bildenden Künste zu suchen. Seit 1952 wird das Reichsgerichtsgebäude durch das Museum der Bildenden Künste, eine weltberühmte Sammlung Leipziger Bürger, genutzt, welches sein eigenes Domizil im Zweiten Weltkrieg durch Ausbombung verlor. Gemäß den Empfehlungen der Föderalismuskommission wird das Museum der Bildenden Künste das Reichsgerichtsgebäude für das Bundesverwaltungsgericht freimachen.

Für eine dauerhafte Nutzung des Museums der Bildenden Künste beabsichtigt die Stadt Leipzig, einen Neubau zu schaffen.

Sie sieht sich jedoch außerstande, die Finanzierung des Vorhabens vollständig aus eigener Kraft zu realisieren. Veranschlagt werden für diesen bis dato einzigen Museumsneubau in den östlichen Bundesländern 120 Mio. DM. 60 Mio. DM und das erforderliche Grundstück wird die Stadt Leipzig unter großen Anstrengungen selbst einbringen.